



# HESSISCHER LANDTAG

29. 01. 2021

## Kleine Anfrage

**Dr. Dr. Rainer Rahn (AfD) vom 02.02.2020**

**Mangel an Atemschutzmasken, Handschuhen und Desinfektionsmittel**

**und**

**Antwort**

**Minister für Soziales und Integration**

### Vorbemerkung Fragesteller:

SARS-CoV-2 ist die offizielle Bezeichnung für einen im Januar 2020 in Wuhan, Provinz Hubei, neu identifizierten Coronavirus. Das Virus verursacht die Erkrankung namens COVID-19 und führte zur aktuellen Coronavirus-epidemie, die von der WHO als „gesundheitliche Notlage mit internationaler Tragweite“ eingestuft wurde. Knapp zwei Monate nach Beginn der Infektionswelle in China hat das Virus nach rasanter Verbreitung in Norditalien auch die Bundesrepublik Deutschland erreicht. Hier lässt sich aktuell eine rasante und weitgehend unkontrollierte Ausbreitung beobachten, wobei die genauen Übertragungswege und Übertragungsketten im Einzelfall kaum zu klären sind.

Auch wenn die Wirksamkeit von Atemschutzmasken umstritten ist, ist die Nachfrage in den letzten Tagen in Deutschland deutlich angestiegen. Der Bundesverband des pharmazeutischen Großhandels (Phagro) erklärte, dass bei Atemschutzmasken nur noch Kleinst- oder Restmengen verfügbar seien. Die zunehmende Nachfrage trifft auf ein deutlich reduziertes Angebot, da der Nachschub der meist in China hergestellten Produkte ausbleibt. Inzwischen werden Atemmasken im Internet zu horrenden Preisen von bis zu 90 € angeboten.

Zwischenzeitlich bestehen auch Lieferengpässe bei Schutzhandschuhen und Desinfektionsmittel. Niedergelassene Ärzte und Zahnärzte haben ebenso wie Kliniken erhebliche Probleme, ihren Bedarf zu decken und sind zu Rationierungen gezwungen. Soweit eine Nachlieferung der entsprechenden Artikel nicht sichergestellt werden kann, wäre die Behandlung von Patienten ernsthaft gefährdet.

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Hat die Landesregierung – oder eine nachgeordnete Behörde des Landes – einen Überblick über die Bestände an persönlicher Schutzausrüstung und Desinfektionsmitteln, welche in Kliniken vorgehalten werden?

Die Landesregierung ist über die Telefonkonferenzen mit den koordinierenden Krankenhäusern im regelmäßigen Austausch mit den hessischen Plankrankenhäusern. Die Versorgungssituation mit persönlicher Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel ist ständiger Gegenstand der Beratungen. Darüber hinaus ist die Landesregierung in der Lage, über die IVENA-Sonderlage aktuelle Bestände persönlicher Schutzausrüstung abzufragen.

Frage 2. Hat die Landesregierung – oder eine nachgeordnete Behörde des Landes – einen Überblick über die Bestände an Schutzanzügen, die ggf. im Rahmen von Isolationsmaßnahmen notwendig werden?

Auf die Antwort zur Frage 1 wird verwiesen.

Frage 3. Falls 1. und/oder 2. zutreffend: Für welchen Zeitraum kann mit den vorhandenen Beständen eine sichere Krankenversorgung aufrechterhalten werden?

Die Vorratslage schwankt zwischen den Krankenhäusern. Insgesamt ist festzustellen, dass die Versorgung mit persönlicher Schutzausrüstung gesichert ist.

Frage 4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung – ggf. in Kooperation mit der Bundesregierung und anderen Bundesländern – um die Lieferung wichtiger Produkte wie Atemschutzmasken, Handschuhe und Desinfektionsmittel für Kliniken und Praxen aktuell sicherzustellen?

Die Landesregierung hat auf die Verknappung von persönlicher Schutzausrüstung mit einer umfassenden Beschaffung reagiert.

Insgesamt sind im Rahmen der Verteilungen des Ministeriums für Soziales und Integration bislang mehr als 42 Millionen Einmalhandschuhe, fast 24 Millionen FFP-2 und KN-95 Masken, 32 Millionen MNS-Masken, mehr als 350.000 FFP-3 Masken sowie Schutzbrillen, Schutzkittel und weitere Schutzausrüstung verteilt worden. Die Lieferungen umfassten eine Vielzahl von Bedarfsträgern, von den Krankenhäusern über die Einrichtungen der stationären und Ambulanten Altenhilfe, der Eingliederungs-, Jugend-, Drogen und Wohnsitzlosenhilfe bis hin zu Gesundheitsämtern und Rettungsdiensten.

Frage 5. Gibt es Planungen der Landesregierung – ggf. in Kooperation mit der Bundesregierung und anderen Bundesländern – um die Abhängigkeit von Kliniken und Praxen von wenigen Lieferanten bzw. Herstellern der genannten Produkte zu reduzieren?

Die Landesregierung unterstützt die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen zur Diversifikation der Lieferbeziehungen.

Wiesbaden, 27. Januar 2021

**Kai Klose**